

Zu einer Protestaktion gegen den Dumping-Wettbewerb im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) des Landes Hessen haben noch Ende des vergangenen Jahres, die Verkehrsgewerkschaft GDBA und die Gewerkschaft Transnet aufgerufen. In Hessen können Unternehmen die Tariflöhne unterlaufen und sich mit Billigung der Landesregierung mit absoluten Niedrigangeboten um Nahverkehrsleistungen bewerben. Die Folge ist – insbesondere im Busverkehr – ein zunehmender Dumpingwettbewerb. Gegen eine solche Entwicklung wehren sich GDBA und Transnet.

Grundsätzlich sei gegen Wettbewerb nichts einzuwenden, machte GDBA-Vize Heinz Fuhrmann auf einer Pressekonferenz in Wiesbaden deutlich. Dieser dürfe aber nicht auf dem Rücken der Kunden und Beschäftigten ausgetragen werden. Zumal die

GDBA kritisiert hessische Ausschreibungspraxis



Nutzer des ÖPNV von einem solchen Wettbewerb kaum profitierten: Die Fahrpreise würden nur in den seltensten Fällen niedriger, zu befürchten sei hingegen, dass sich die gebotene Qualität verschlechtere.

Wenn sich diese Praxis weiter durchsetze, sei dem Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor geöffnet, warnte der Tarifexperte der Verkehrsgewerkschaft GDBA. Durch das Billigangebot eines Anbieters würden andere Anbieter praktisch gezwungen nachzuziehen. Das dürfe so nicht weitergehen!

GDBA und Transnet kritisierten deshalb die Ausschreibungspraxis des Bundeslandes Hessen im öffentlichen Nahverkehr. Es zählten nicht mehr die besten Angebote, sondern nur noch die billigsten, kritisieren die Gewerkschaften. Dies führe zu einem immer brutaler werdenden Dumpingwettbewerb. Die Verkehrsgewerkschaft GDBA und die Gewerkschaft Transnet forderten die hessische Landesregierung auf, das geplante neue ÖPNV-Gesetz entsprechend zu ändern. „Qualitätsgesichtspunkte müssen im Nahverkehr auch weiterhin eine Rolle spielen,“ machte Fuhrmann deutlich.

Der stellvertretende GDBA-Vorsitzende Heinz Fuhrmann (im Bild unten rechts) warf die Stellungnahme der Gewerkschaften persönlich im hessischen Verkehrsministerium ein.

Tür und Tor geöffnet,“ bemängelte GDBA-Vize Fuhrmann. So werde auch eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt. Auf der anderen Seite habe dieser scharfe Wettbewerb bereits zu massiven Arbeitsplatzverlusten geführt. „Das bedeutet weniger Kaufkraft in Hessen und mehr Belastungen für die Kommunen.“ Es sei daher an der Zeit, dass die Beschäftigten sich wehren. Die Demonstration in Wiesbaden war ein erster Schritt in diese Richtung.

Die Gewerkschaften kritisieren vor allem, dass in Hessen auch solche Unternehmen Angebote abgeben könnten, die keinerlei tarifvertragliche Bindung hätten. „Dem Missbrauch ist damit

